

Antworten der CDU auf die Wahlprüfsteine zum Themenkomplex „Gleichstellung“

Öffentlicher Raum / Stadtentwicklung

- Wie stellen Sie sicher, dass die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung berücksichtigt werden (z.B. kurze Wege, dezentrale Infrastruktur, Barrierefreiheit / Behindertengerechtigkeit, Reduzierung von Angsträumen)?

„Kurze Wege, dezentrale Infrastruktur, Barrierefreiheit / Behindertengerechtigkeit, Reduzierung von Angsträumen sind nicht nur für Frauen wichtig, sondern erhöhen die Lebensqualität für alle Menschen.

Nicht in jedem Dorf gibt es noch Geschäfte des täglichen Bedarfs, deshalb ist es wichtig auch gut und sicher nutzbare Radwege und ÖPNV Anbindungen zu schaffen. Schulstandorte auf den Dörfern wollen wir stärken und erhalten.

Der laufende Prozess zur Erarbeitung des „Integrierten Handlungskonzeptes“ nimmt die besonderen Bedürfnisse von allen Bevölkerungsgruppen, auch der Frauen, auf und bildet Sie in einem Gesamtkonzept ab.

- Was halten Sie von verbindlichen Vorgaben für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen, damit auch die Verdienste von Frauen sichtbar gewürdigt werden?

Bei der Benennung von Straßen und Plätzen ist ein lokaler Bezug für uns wichtig. Straßennamen müssen eindeutig und für den Ort eine Bedeutung haben. Wir sind dafür, mehr herausragenden Frauen mit einem Bezug zu Jülich zu ehren. Die Ortsvorsteher, Vereine und die Stadtverwaltung sind hier gefordert, dafür geeignete Jülicherinnen zu benennen.

Kinderbetreuung / Bildung

- Wie wollen Sie die Versorgung mit kostengünstigen Ferien- und Förderangeboten für Schulkinder weiter ausbauen?

Wir wollen bis spätestens 2025 jedem Kind, dessen Eltern das Angebot nutzen möchten, einen attraktiven Ganztagsplatz anbieten. Dazu gehört eine räumliche Ertüchtigung. Neben den öffentlichen Angeboten sind die Angebote der vielen Vereine in Jülich und den Dörfern wichtige Bausteine. Die CDU steht für eine aktive Vereinsförderung mit einem Schwerpunkt auf der Jugendarbeit.

In der Praxis ist die von der Stadtverwaltung angebotene Ferienbetreuung als auch die durch die verschiedenen Vereine angebotenen Veranstaltungen und Maßnahmen ein ganz wichtiger Beitrag im sozialen Gefüge unserer Dörfer und der Stadt. Diese haben einen hervorragenden Ruf und das soll so bleiben! Hier ist es uns wichtig uns für den Ausbau, den Erhalt und eine Unterstützung stark zu machen. Die Rahmenbedingungen im Sinne guter Sport-, Veranstaltungs- und Sozialanlagen müssen in diesem Zusammenhang ebenfalls erhalten und ausgebaut werden.

- Wie wollen Sie die Förderung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund verstärken?

Die Förderung von Frauen und Mädchen und allgemein unserer Mitmenschen ist ein ganz wichtiges Ziel im sozialen und ökonomischen Gefüge unserer Gesellschaft. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein Baustein, die positiven Potenziale dieser im Ursprung ihrer Einwanderung, zum größten Teil Schutz und Hilfe suchenden Menschen im Sinne der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu nutzen.

Mit der Einbindung, Ausbildung und dauerhaften Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund und hier besonders von Frauen und Mädchen, können Probleme wie Facharbeiter- / Fachkräftemangel erfolgreich bekämpft werden. Durch die positive und gleichberechtigte Einbindung und Ausbildung kann man die Ziele einer Integration und gesellschaftlichen gleichberechtigten Akzeptanz, Toleranz und den gegenseitigen Respekt positiv verstärken, so dass ein normales Miteinander und ein gemeinsames Verständnis für kulturelle und soziale Werte entstehen.

Hierdurch können positive Beispiele für die praktische Umsetzung der Gleichberechtigung in unserer Demokratie entstehen und gelebt werden.

In der Praxis ist anzumerken, dass die Förderung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund natürlich auch ein lokales Ziel der CDU ist. Die direkten Einflussmöglichkeiten über den Stadtrat und die Ausschüsse sowie in den zur Verfügung stehenden Mitteln ist aber eher begrenzt. Hier ist einer der entscheidenden Vorteile von Parteien, dass wir mit unseren Vertretern in Land und Bund über ein großes und positives Netzwerk verfügen um die notwendigen Maßnahmen auf der richtigen Ebene zu platzieren. Hier sei als positive Förderin solcher Maßnahmen sowie der Gleichstellung unsere Landtagsabgeordnete Dr. Patricia Peill erwähnt, welche sich ohne Umschweife für die Anliegen und Probleme einsetzt.

Wohnen

- Wie wollen Sie die Anstrengungen für mehr finanzierbaren Wohnraum verstärken, der insb. von Alleinerziehenden, Allein- und Geringverdienenden sowie Frauen mit kleiner Rente oder geringem Einkommen gebraucht wird?

Die CDU wird sich weiterhin konsequent dafür einsetzen, dass Wohnraum für jeden Geldbeutel geschaffen wird – in der Kernstadt genauso wie auf den Dörfern. Dabei setzen wir uns bereits heute im Rat dafür ein, dass ein Punkteverfahren die Grundstücksvergabe per Losverfahren ersetzt und damit z.B. junge Familien, die bereits vor Ort leben, besonders berücksichtigt werden. Durch die Einbettung in die bestehenden baulichen Strukturen, legen wir Wert auf den Erhalt des typischen Charakters unserer Stadt.

- Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um die Verteilung von Wohnraum bedarfsgerechter zu gestalten und innovative Wohnraumprojekte zu fördern?

Wir wollen beispielsweise Faktor X Baugebiete ausweisen. Faktor X bedeutet, dass der Verbrauch von natürlichen Ressourcen und Energie sowie die Emission von Treibhausgasen deutlich reduziert werden. Anders als beim „normalen“ Wohnhausbau werden alle Verbräuche, die bereits bei der Gewinnung, Herstellung und Entsorgung der Baumaterialien entstehen, in einem solchen Baugebiet in Betracht gezogen.

Gewalt

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass es dauerhaft ausreichend Beratungs- und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen gibt?

Bisher wurden die Beratungs- und Hilfsangebote wie z.Bsp. „Frauen helfen Frauen“ immer und konsequent von allen Parteien, inklusive der CDU, im Jülicher Stadtrat und vorweggehend im entsprechenden Ausschuss (JUFISSS) unterstützt. Wir sind dafür, dass das auch weiter so beibehalten wird. Dieses Ziel kann man auf kommunaler Ebene nur gemeinsam und mit einem klaren gemeinsamen Ziel angehen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass wir weiterhin eine klare und positive Richtung beibehalten um Förderkulissen für die verschiedenen Institutionen zu schaffen und zu stärken. Auch hier ist es als vernetzte Partei ein deutlicher Vorteil eine direkte Verbindung zum Kreis, zum Land und zum Bund zu haben um sich übergeordnet für solche wichtigen Themen einzusetzen.

- Plant Ihre Partei Maßnahmen zur Bekämpfung von Sexismus, sexualisierter Gewalt und gruppenbezogener Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Sexualität?

Wir möchten an dieser Stelle, schon einmal das von Ihnen später angesprochene Ziel Nr.5 (Gender Equality) der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) aufgreifen und klar zum Ausdruck bringen das wir jede dort oder in ihrer Frage angesprochene Form von Gewalt, Sexismus, sexualisierter Gewalt und gruppenbezogener Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Sexualität egal ob gegen Frauen, Mädchen, Männer, Jungen und Menschen allgemein egal welchen Geschlechts ablehnen.

Bezogen auf konkrete Maßnahmen bleibt festzuhalten, dass wir auf kommunaler Ebene derzeit keine über die derzeitigen Maßnahmen (Unterstützung von Beratungsstellen, Förderung der Gleichstellung und weiterer Präventionsmaßnahmen) auf kommunaler Ebene hinaus planen.

- Sieht Ihre Partei auch einen Bedarf für qualifizierte Männerberatungsangebote?

Hier darf kein Unterschied zwischen den Geschlechtern gemacht werden. Egal welches Geschlecht zum Täter wird oder sich durch Selbsterkenntnis bzw. Erkenntnis anderer Stellen wie z.Bsp. naher Angehöriger oder Ärzte etc. dieser Bedrohung für sich und andere Stellen muss, benötigt Maßnahmen zur Hilfe, Unterstützung und Prävention. Nur durch Umsetzung von Maßnahmen dieser Art, kann auch der Täter oder die Täterin bzw. eine gefährdete Person langfristig zum Wohle aller präventiv für die Zukunft und sein Verhalten beeinflusst werden.

- Welchen Beitrag leistet Ihre Partei, damit es ausreichend medizinische Behandlungsmöglichkeiten und Beratungsangebote bei Schwangerschaftskonflikten gibt?

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion hat sich am 20.05.2020 klar zu einer Fortsetzung der Schwangerschaftskonfliktberatung bekannt.

Dabei ist der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, besonders wichtig: Die Beratung muss im Interesse sowohl der ungewollt schwangeren Frauen als auch des ungeborenen Lebens weiterhin hohe Qualität haben. Dazu gehören eine vertrauliche Atmosphäre, Blickkontakt sowie Diskretion und Schutz auch gegenüber Angehörigen der Frauen.

Auch wir auf kommunaler Ebene, als Stadtverband, können uns diesem klaren Bekenntnis zu einem hohen Anspruch in der Durchführung nur anschließen.

Unterstützung auf unserer kommunalen Ebene kann hier nur bedeuten im Schulterschluss mit Kreis, Stadt (Verwaltung), den Organisationen und sozial Verbänden vor Ort praktische Lösungen für eine direkte Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten zu finden.

Des Weiteren unser Netzwerk aus Bund, Land und Kreis im Sinne der Betroffenen und im Rahmen eines Wertekanons positiv zur Wirkung zu bringen.

Repräsentanz von Frauen

- Was tun Sie, damit Frauen und Männer gleichberechtigt Zugang zu Kandidaturen bei der Kommunalwahl haben?

Die Nominierung von Kandidaten erfolgt bei uns in einem offenen Prozess, von der Basis heraus. In den meisten Dörfern sind die CDU Mitglieder zu einem Ortsverband zusammengeschlossen und schlagen aus ihrer Mitte die Kandidaten zur Kommunalwahl vor. Bei der Zusammenstellung der Reservelisten gilt eine verbindliche Regelung in der Satzung, dass 1/3 der Kandidaten weiblich sein soll, es sei denn es gibt keine Bewerberinnen. Für die Kommunalwahl 2020 kandidieren auf den ersten 6 Plätzen zwei Frauen.

- Wie stellen Sie sicher, dass die Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen (u.a. Alter, Herkunft) ermöglicht wird?

Die CDU versteht sich seit Ihrer Gründung als „Union“. Mit der Jungen Union, der Frauen Union und der Senioren Unionen haben wir drei starke Vereinigungen, die aktiv in unseren Gremien mitarbeiten und bei der Kandidatenaufstellung für alle Ebenen mitwirken.

- Gibt es Konzepte Ihrer Partei, um den Frauenanteil im Rat zu erhöhen? Wenn ja, was planen Sie konkret?

Die Förderung von Frauen und jungen Menschen ist ein Kernanliegen der CDU. Die Frauen Union organisiert auf Kreisebene für politische aktive Frauen ein regelmäßiges „Frauen-Forum“. Dabei geht es um Weiterbildung (Kommunale Haushalte, Gremienarbeit, Rhetorik und politische Kommunikation) als auch um Erfahrungsaustausch über Gemeindegrenzen hinweg.

- Was unternehmen Sie, damit bei Auszeichnungen (z.B. Preise, Orden, Denkmäler) herausragende Frauen angemessen berücksichtigt werden?

Wichtigstes Kriterium bei der Auszeichnung mit Preisen, Orden und Denkmälern ist ein Bezug zu Jülich. Oft geht der Vorschlag für solche Auszeichnungen von Dorfgemeinschaften oder Vereinen aus. Wir unterstützen die Auszeichnung von mehr Jülicher Frauen.

- Befürworten Sie die Einführung einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen von Jülicher Beteiligungsgesellschaften? Wenn ja, wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Wir befürworten, dass in allen städtischen Gremien Frauen und Männer angemessen vertreten sind. Mit Blick auf den derzeitigen Rat scheint eine feste Quote nicht sinnvoll umsetzbar zu sein.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes in die Satzungen der städtischen Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften aufzunehmen, wie in § 2 Abs. 2 LGG NRW geboten?

Im Rahmen der sich positiv weiterentwickelnden Gleichstellung von Frauen und Männern muss es nicht nur aus Gründen der gesetzlichen Grundlage bei einer Neugründung bzw. spätestens bei einer grundlegenden Umstrukturierung zur Umsetzung der Forderungen aus § 2 Abs. 2 LGG kommen. Die Fraktion, als Teil der Partei und somit bei städtischen Unternehmen / Gesellschaften als Teil des Gesellschafters, muss ihren Einfluss nutzen auch bei bereits existierenden städtischen Gesellschaften zu prüfen, ob die Maßnahmen zur Gleichstellung ergriffen bzw. umgesetzt wurden. Falls nicht, muss hier eine Initiative zur Umsetzung folgen.

Übergreifendes

- Was versteht Ihre Partei unter einer geschlechtergerechten Mittelverwendung im städtischen Haushalt? Was planen Sie, wie eine solche Mittelverwendung umgesetzt werden soll (z.B. Gender Budgeting)?

Der Haushalt der Stadt Jülich hat (auch mit Blick auf die Folgen der COVID-19 Pandemie) kaum Spielräume über die Pflichtaufgaben hinaus. Damit sind die Möglichkeiten für die Umwidmung von Mitteln unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit kaum vorhanden.

- Welche Bedeutung messen Sie dem Ziel Nr.5 (Gender Equality) der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) für die Stadt Jülich bei?

Das Ziel Nr. 5 umfasst im globalen Sinne deutlich mehr, besonders in seinen konkretisierenden Unterpunkten (5. 1-6/5. a-c) als das beschriebene Hauptziel, der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen in der ökonomischen Entwicklung, die Eliminierung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, inklusive Eliminierung von Früh- und Zwangsverheiratungen sowie gleichberechtigte Partizipation auf allen Ebenen.

In der Übertragung dieser Ziele auf die Stadtverwaltung Jülich, bitte ich um Nachsicht, dass wir uns in diesem Zusammenhang, im Rahmen unseres kulturellen und sozialen Verhaltenskodex sowie der Ablehnung von Gewalt gegen Frauen, Mädchen, Männer, Jungen und Menschen allgemein mit Bezug auf die gestellte Frage auf den Punkt der Chancengleichheit und ökonomischen Entwicklung beziehen.

Die Vorteile der Chancengleichheit liegen eindeutig auf der Hand. Das auszuschöpfende Potenzial in der Stellenbesetzung lässt sich durch die Umsetzung der Gleichstellung um ein Vielfaches steigern. Der ökonomische positive Effekt ist von unschätzbarem Wert und wird sicherlich zu einer weiterhin positiven Entwicklung der Verwaltung beitragen.

Aus diesem Grund ist uns wichtig, dass die Arbeit der Personalabteilung, bei Stellenvergaben, Neueinstellungen und Ausschreibungen wie bisher bereits unter Beweis gestellt, alle Anforderungen und Vorgaben der Chancengleichheit beachtet und zur Umsetzung bringt. In diesem Zusammenhang unterstützen wir, nicht nur bei der Besetzung

von Führungspositionen die Arbeit der Städtischen Gleichstellungsbeauftragten und der Personalabteilung der Verwaltung.

Neben diesen formellen Maßnahmen, müssen für Frauen, Männer und auch das Geschlecht Divers die passenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ohne den Einsatz für diese „Hilfe“ (Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeit und Arbeitsmodelle u.v.m.) werden sich die Ziele des Ziels Nr. 5 nicht realisieren lassen.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, kommunalen MandatsträgerInnen mit Familienverpflichtungen die Teilnahme an Sitzungen zu ermöglichen?

Familienarbeit und auch Erwerbsarbeit stehen im Wettbewerb mit der Zeit für politische Arbeit aber auch die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung haben auch einen Anspruch auf einen Feierabend.

In diesem Spannungsfeld müssen die Sitzungszeiten verhandelt werden, aus Sicht der „Politik“ nicht vor 18.00 Uhr und mit einer von vorneherein begrenzten Sitzungsdauer von nicht über drei Stunden.

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger mit Familienverpflichtungen städtische Dialog-Veranstaltungen und Beteiligungsangebote auch wahrnehmen können (Kinderbetreuung, attraktive Online-Formate, ...)?

Die CDU steht digitalen Veranstaltungsformaten offen gegenüber. Dafür bedarf es aber der nötigen Infrastruktur, eine Übertragung und Interaktion über das Internet zu ermöglichen.

Ein reines „Streaming“ ohne Rückkanäle hat die Qualität einer passiven

Fernsehübertragung und ist kein geeignetes Format für interaktive Veranstaltungen.

Allerdings ist es für uns wichtiger erst in allen Schulen eine bessere digitale Infrastruktur zu schaffen, bevor wir Mittel für eine Ertüchtigung der Sitzungsräume in Betracht ziehen.

Im Rahmen der gleichberechtigten Familienarbeit sollte eine Kinderbetreuung durch den anderen Elternteil während planbarer Sitzungen möglich sein. Ein Bedarf für die Betreuung der Kinder Alleinerziehender ist bisher nicht an uns herangetragen worden.

- Wie stehen Sie zur Erweiterung eines bestehenden Ratsausschusses um das Thema Gleichstellung?

Gleichstellung ist ein Querschnittsthema im Sinne des Ziels Nr.5 (Gender Equality) der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs). Deshalb ist die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse und Interessen von Frauen ein wichtiges Kriterium bei der politischen Entscheidungsfindung. Daneben sind aber auch andere Interessen abzuwägen, wie die besonderen Bedürfnisse der Dörfer, junger Menschen und Gewerbetreibender.